

## **Unterrichtung**

**durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union**

**Zwanzigste Tagung der Konferenz am 27. und 28. Februar 2023 in Brüssel**

### Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1</b>	<b>Teilnehmende der deutschen Delegation .....</b> 3
<b>2</b>	<b>Einführung .....</b> 3
<b>3</b>	<b>Verlauf der Tagung .....</b> 3
3.1	Eröffnungssitzung: Wirtschaftliche und soziale Herausforderungen in Zeiten geopolitischer Unwägbarkeiten .....
	4
3.2	Interparlamentarische Ausschusssitzung für Wirtschaft (ECON) ....
	4
3.2.1	Teil 1: Hohe Inflation: das Dilemma der richtigen politischen Antworten .....
	4
3.2.2	Teil 2: Die Folgen der rückläufigen Nutzung von Bargeld – das Beispiel digitale Währungen.....
	5
3.3	Interparlamentarische Ausschusssitzung für Beschäftigung und Soziales (EMPL).....
	6
3.3.1	Teil 1: Die sozioökonomischen Folgen von hoher Inflation und hohen Energiepreisen und Mittel sie zu bekämpfen mit Fokus auf einkommensschwache Haushalte.....
	6
3.3.2	Teil 2: Stärkeres Einbinden der sozialen Dimension bei der Überarbeitung des EU-Wirtschafts- und Finanzrahmens .....
	7

	Seite
3.4 Interparlamentarische Ausschusssitzung für Haushalt (BUDG) .....	7
3.4.1 Teil 1: Klimawandel, Energie, Inflation: Welche Rolle spielen der Mehrjährige Finanzrahmen und Eigenmittel und wie können auf bestmögliche Weise Synergien mit nationalen Maßnahmen geschaffen werden? .....	7
3.4.2 Teil 2: Die Unterstützung der Ukraine – Reaktionen auf nationale und EU-Haushaltskrisen und die Rolle der Parlamente.....	8
3.5 Plenarsitzung .....	8
3.5.1 Teil 1: Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung.....	8
3.5.2 Teil 2: Ortsungebundenen Arbeiten in der EU – steuerliche Herausforderungen.....	9

## 1 Teilnehmende der deutschen Delegation

An der zwanzigsten Tagung der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (SWKS-Konferenz) sowie Konferenz zum Europäischen Semester nahmen die folgenden Mitglieder des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Christian Petry** (SPD), Delegationsleiter,  
Abgeordnete **Dagmar Andres** (SPD),  
Abgeordneter **Johannes Schraps** (SPD),  
Abgeordneter **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU),  
Abgeordnete **Dr. Ingeborg Gräble** (CDU/CSU),  
Abgeordnete **Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
Abgeordnete **Claudia Raffelhüschen** (FDP) sowie  
Abgeordneter **Wolfgang Wiehle** (AfD).

## 2 Einführung

Die Einrichtung der Konferenz geht auf Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) vom 2. März 2012 zurück. Darin verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten – zu denen mittlerweile alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehören – zur Aufnahme einheitlicher und verbindlicher Haushaltsregeln in ihre nationalen Rechtsordnungen, vorzugsweise auf Verfassungsebene. Darüber hinaus ist in Artikel 13 die Gründung einer Konferenz von Vertretern der einschlägigen Ausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (EP) vorgesehen, in der haushalts-, wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen gemäß der Regelungen des Fiskalvertrags beraten werden sollen. Die erste SWKS-Konferenz fand im Herbst 2013 in Vilnius (Litauen) statt.

Gemäß ihrer Geschäftsordnung, die im November 2015 verabschiedet wurde, soll die Konferenz einen Rahmen für den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren in Bezug auf die Umsetzung der Bestimmungen des Fiskalvertrags bieten. Eine weitere Aufgabe ist die Gewährleistung der demokratischen Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der Europäischen Union (EU) und insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Zudem legt die Geschäftsordnung fest, dass sich die Delegierten im Frühjahr im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche des EP in Brüssel treffen, während die Konferenz im Herbst in demjenigen Land stattfindet, das im zweiten Halbjahr den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat.

Die Delegation des Deutschen Bundestages besteht in der 20. Wahlperiode aus elf festen Mitgliedern aus allen dort vertretenen Fraktionen. Aufgrund der Querschnittsaufgabe der Konferenz sind dies Abgeordnete aus dem Haushalts- und Finanzausschuss sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Der Bundesrat ist regelmäßig mit mehreren Delegierten bei der Konferenz vertreten

## 3 Verlauf der Tagung

Die diesjährige Europäische Parlamentarische Woche umfasste die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung (SWKS), die Konferenz des Europäischen Parlaments zum Europäischen Semester, Plenarsitzungen sowie interparlamentarische Ausschusssitzungen und fand nach der Corona-Pandemie wieder in Anwesenheit statt. Unter dem gemeinsamen Vorsitz des schwedischen Riksdag und des Europäischen Parlaments standen im Rahmen der SWKS-Konferenz drei interparlamentarische Ausschusssitzungen (ECON, EMPL und BUDG) und zwei Plenarsitzungen zu den Themen „Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung“ und „Ortsungebundenes Arbeiten in der EU – steuerliche Herausforderungen“ auf dem Programm.

Die Tagung wurde von **Roberta Metsola**, Präsidentin des Europäischen Parlaments und **Andreas Norlén**, Präsident des schwedischen Riksdag eröffnet.

Die Impulsvorträge der Tagung hielten unter anderem **Valdis Dombrowskis**, Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission, **Paolo Gentiloni**, EU-Kommissar für Wirtschaft, Johannes Hahn, EU-Kommissar für Haushalt sowie Abgeordnete der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments.

Auf der Tagung waren Delegierte aus 23 Mitgliedstaaten der EU und des EP vertreten. Als Beobachter nahmen Abgeordnete aus Bosnien-Herzegowina, der Republik Moldau, der Türkei, Serbien, der Ukraine sowie Norwegen teil.

### 3.1 Eröffnungssitzung: Wirtschaftliche und soziale Herausforderungen in Zeiten geopolitischer Unwägbarkeiten

Die Präsidentin des Europäischen Parlaments (EP) **Roberta Metsola** eröffnete die Konferenz mit einer eindringlichen Rede zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Sie warb für anhaltende und starke Unterstützung für die Ukraine. Auch die europäische Bevölkerung verdiene eine starke europäische Antwort zur Abfederung der wirtschaftlichen Kriegsfolgen. Sie warb für eine volle Ausschöpfung der Vorteile des Binnenmarkts, der in diesem Jahr seinen dreißigsten Geburtstag feiert. Ebenso forderte sie Fortschritte bei der Abschöpfung von Übergewinnen bei großen Energiefirmen.

Hohe Inflation, Lieferkettenschwierigkeiten und Kaufkraftverluste beschrieb der Präsident des schwedischen Riksdag **Andreas Norlén** als große Herausforderungen für die EU. Der russische Krieg in der Ukraine beeinflusse nahezu alle Politikbereiche, die von der schwedischen Ratspräsidentschaft vorangebracht werden sollen. Der Kampf um die Zukunft Europas werde in der Ukraine gefochten. Daher brauche die Ukraine alle politische und militärische Unterstützung.

Exekutiv Vize-Präsident der Europäischen Kommission **Valdis Dombrovskis** ging ebenfalls zunächst auf die finanzielle Unterstützung der EU für die Ukraine ein. Die massiven Auswirkungen des Kriegs auf die Wirtschaft und die Bevölkerung erfordere zielgerichtete Hilfen für Unternehmen und private Haushalte. Dabei dürfe die Inflation jedoch nicht weiter angeheizt werden. Dombrovskis warb für glaubwürdige und durchsetzungsstarke Fiskalregeln, die von länderspezifischen Schuldenabbaupfaden begleitet werden, um tragfähige Schuldenstände zu erreichen.

Eine Analyse der wirtschaftlichen Lage und ein Ausblick auf die zukünftige ökonomische Entwicklung gab der Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) **Mathias Cormann** in einer Videobotschaft. Ein nachhaltiger Kampf gegen die hohe Inflation, eine Ausschöpfung der Vorteile des gemeinsamen Binnenmarkts, ein Abbau der regulatorischen Hürden für mehr Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, die De-Karbonisierung der europäischen Wirtschaft, die digitale Transformation sowie die Auswirkungen des demografischen Wandels nannte er als wesentliche Herausforderungen für die EU.

### 3.2 Interparlamentarische Ausschusssitzung für Wirtschaft (ECON)

Die Sitzung wurde von **Irene Tinagli**, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments und von **Björn Wiechel**, Mitglied des Finanzausschusses des schwedischen Riksdag geleitet.

#### 3.2.1 Teil 1: Hohe Inflation: das Dilemma der richtigen politischen Antworten

**Irene Tinagli** rief dazu auf, Synergien innerhalb der EU zu nutzen und von unkoordinierten Reaktionen wegzukommen, um die Preisspirale/Inflation zu bremsen. Es sei fraglich, ob die Maßnahmen der EZB immer die besten seien. Komplexe Probleme riefen nach interessanten, neuen Ideen.

**Björn Wiechel** wies darauf hin, dass die neueren Prognosen auf ein größeres Wirtschaftswachstum innerhalb der EU hindeuteten, als erwartet. Eine ausgeglichene Politik, die die Inflation drosselt und die Wirtschaft ankurbelt, bleibe unerlässlich.

**Simone Tagliapietra**, leitender Wissenschaftler bei Bruegel wies in seinem Redebeitrag darauf hin, dass nichts so beständig sei, wie ein vorübergehendes Wirtschaftsprogramm. Energiepreismaßnahmen sollten aber so kurz und gezielt wie möglich sein. Nur 25 Prozent der bislang gezahlten Gesamtmittel seien gezielt an die schwächsten Haushalte geflossen. Die Maßnahmen seien teuer und nicht gerecht. Sie führten zu Preisverzerrungen, brächten nur kurzfristige Hilfe, aber führten zu langfristiger Inflation. Es müsse in eine neue Phase der Energiepreise unter Anwendung der TTT-Kriterien (timely, temporary, targeted) eingetreten werden.

**Goeff Barnard**, Senior Ökonom bei der OECD merkte an, dass die Kerninflation überall hoch sei. Das läge an den Preisen für Gas, Lebensmittel und Dienstleistungen und dem gestiegenen US-Dollar. Die Inflation habe mehr Auswirkungen auf ärmere Haushalte und ländliche Gebiete. Die EZB möchte die Inflation nahe am Inflationsziel halten und habe daher die Geldpolitik gestrafft. Die Zinserhöhungen seien etwas spät in der EU gekommen. Die

bisherige Unterstützung der Bürger und Unternehmen sei nicht gezielt genug. Es sollte steuerliche Unterstützungen und eine Anpassung der Strukturpolitikmaßnahmen geben mit dem Ziel einer grünen Wende.

Der Abgeordnete **Stavros Kalogiannis** (Griechenland) wies auf das wirtschaftliche Wachstum seines Heimatlandes Griechenland in den letzten Jahren hin. Er mahnte an, dass sich Europa auf die wirtschaftliche Stabilisierung und Verbesserung allgemein fokussieren solle. Er forderte zudem einen Europäischen Stabilitätsfond.

Der Abgeordnete **Miguel Matos** (Portugal) unterstrich noch einmal wie wichtig es sei, nicht nur die Familien zahlen zu lassen. Die Mittelklasse dürfe auf keinen Fall vernachlässigt werden. Sollte man nur den finanzschwachen Firmen helfen, laufe man Gefahr, sogenannte „Zombie-Firmen“ zu unterstützen und würde die Inflation nicht stoppen können.

Im weiteren Meinungsaustausch wurde u. a. angemerkt, dass eine stärkere Zusammenarbeit und Koordinierung mit gezielten Maßnahmen für die vulnerablen Gruppen in der EU nötig sei und ein Subventionswettstreit vermieden werden müsse, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Die zukünftigen Maßnahmen sollten vor allem auf die grüne Wende und Digitalisierung abzielen.

### 3.2.2 Teil 2: Die Folgen der rückläufigen Nutzung von Bargeld – das Beispiel digitale Währungen

**Stefan Ingves**, ehemaliger Direktor der schwedischen Zentralbank sieht in seinem Redebeitrag die Unternehmen und Banken in der Verantwortung für eine sichere Digitalisierung des Bargeldgeschäfts, aber das Papiergeld müsse bleiben. In Schweden machten Bargeldzahlungen in Geschäften nur noch 8 Prozent aus. In Großbritannien, USA und Kanada sehe es ähnlich aus. Diese Entwicklung sei unvermeidbar. Die Zahlungssysteme änderten sich, neue Technologien für gute und schnelle Abwicklungen entstünden. Grenzüberschreitende Zahlungen müssten verbessert werden. Nur die Zentralbanken könnten risikofreies Geld emittieren und genug Bargeld garantieren.

**Evelien Witlox**, Managerin des Programms Digitaler Euro der EZB wies darauf hin, dass öffentliches Geld der EZB verbindliches Geld sei und der digitale Euro Zugang zu öffentlichem Geld wäre. Sie sieht den Grund für einen digitalen Euro darin, dass dieser für jeden Lebensbereich wichtig sei. Er müsse zukunftsfest, resilient und handhabbar sein, die Privatsphäre respektieren und auch ohne Karte nutzbar. Er solle eine eigene Infrastruktur haben, dem Bürger dienen und besser sein, als die heutigen elektronischen Zahlungen. Es werde sich nicht um programmierbares Geld handeln und der Bekämpfung der Geldwäsche werde ein besonderes Augenmerk gewidmet. Im Moment gebe es viele Eingaben und Anhörungen zum Thema. Auch Eurogruppe, EP und Rat befassten sich damit. Es werden Seminare für Verbraucher und Unternehmen angeboten. Wichtig sei, dass der öffentliche und der private Sektor zusammenarbeiteten. Bis zu einem ersten Gesetzentwurf der Europäischen Kommission sei es aber noch ein langer Prozess.

**Monique Goyens**, Generaldirektorin der Europäischen Verbraucherorganisation BEUC betonte, dass die Sichtweise und Interessen der Bürger wichtig seien. Das Beispiel Schweden zeige, dass Innovation nicht immer nur Fortschritt bedeute. Es gebe Probleme für bestimmte Menschen wie z. B. Alte und Behinderte. Dabei handle es sich nicht um eine Generationenfrage, mit dem Alter werde es für die meisten Menschen schwerer, sich an neue Technologien anzupassen und Vorlieben müssten zwangsweise geändert werden. Eine Studie in Norwegen hat belegt, dass 25 Prozent der Verbraucher Probleme haben und 43 Prozent müssen anderen helfen. In den Niederlanden sei das Ergebnis ähnlich. Bargeld garantiere mehr Privatsphäre. Das Papiergeld müsse weiterhin existieren und von den Geschäften, im ÖPNV usw. akzeptiert werden. Es dürften beim digitalen Euro keine neuen Gebühren entstehen, keine Bereicherung der Banken stattfinden.

**Vicky van Eyck**, Direktorin von Positive Money erinnerte, dass es sich bei Geld um ein öffentliches Gut handle, zu dem jeder Zugang haben müsse, deshalb sollten Geldautomaten subventioniert werden. Das gesamte Geldsystem müsse überarbeitet und resilienter werden. Die Zentralbanken sollten Geld so liquide und anonym wie möglich zur Verfügung stellen. Die Geschäftsbanken seien ohne Bargeld so stark geworden, ihre Macht könne durch den digitalen Euro verringert werden. Bisher habe man aber den Eindruck, dass der digitale Euro der Europäischen Kommission eher für die Banken als für die Bürger entworfen werde.

Der Abgeordnete **Sven Clement** (Luxemburg) merkte an, dass die Digitalisierung Einzug halte, ob man es nun wolle oder nicht. Die Digitalisierung müsse vorangetrieben werden ohne die Gefahren außer Acht zu lassen. Bevor man sich auf dieses Projekt stürze, solle man allerdings andere Probleme zuerst lösen und nicht neue schaffen.

Der Abgeordnete **Zoltán Vajda** (Ungarn) meinte, dass die Reduzierung von Bargeld vor allem seit der Pandemie mit rasantem Tempo voranschreite. Obwohl Bargeld in seinem Heimatland noch mit Abstand am meisten genutzt werde, steige die Nutzung der digitalen Zahlungsmethoden in letzter Zeit drastisch an.

In der anschließenden Diskussion waren sich die Teilnehmenden einig, dass grundsätzlich eine große Zustimmung zum digitalen Euro bestünde und sich die Entwicklung nicht aufhalten lasse. Es sei aber wichtig, dass die Privatsphäre gewahrt bleibe, Geldwäsche bekämpft und die Öffentlichkeit mitgenommen werde. Vor allem müsse aber das Papiergeld weiterhin neben dem digitalen Euro bestehen bleiben.

### 3.3 Interparlamentarische Ausschusssitzung für Beschäftigung und Soziales (EMPL)

#### 3.3.1 Teil 1: Die sozioökonomischen Folgen von hoher Inflation und hohen Energiepreisen und Mittel sie zu bekämpfen mit Fokus auf einkommensschwache Haushalte

Der Ausschussvorsitzende **Dragoș Pîslaru** betonte zur Eröffnung der ersten Teilsitzung die besondere Wichtigkeit von Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger. 50 Prozent der Haushalte seien von den gestiegenen Energiepreisen besonders betroffen.

**Juliana Wahlgren**, Direktorin des European Anti-Poverty Network, stellte in ihren einführenden Bemerkungen vor allem auf den Themenkomplex Energiearmut ab. Für manche Haushalte stelle sich die Frage, ob Geld für Essen oder für die Heizung ausgegeben werde. Personen die bereits vor der Krise in Armut gelebt hätten, seien besonders betroffen. Viele strukturelle Probleme hätten sich in Folge der Energiekrise weiter verschärft. Für die Suche nach Lösungen sei insbesondere die Inklusion der Betroffenen von Bedeutung, ebenso müsse allen Formen von Diskriminierung (sog. Intersektionalität) stets mitgedacht werden.

**Barbara Kauffmann**, Direktorin für Beschäftigung und sozialpolitische Steuerung in der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission, stellte die Maßnahmen der Europäischen Kommission zur Entlastung von Haushalten da. Hier nannte sie insbesondere den europäischen Gaspreisdeckel, sowie die Solidaritätsabgabe für fossile Energieunternehmen und den Strompreisdeckel. Sie betonte, es sei von besondere Bedeutung, die Maßnahmen zielgenau auszurichten, damit die Entlastungen die erreichten, die sie besonders brauchten.

**Ondřej Benešík**, Vorsitzender des Europaausschusses des tschechischen Abgeordnetenhauses stellte die Situation in Tschechien dar: Die Inflationsrate liege bei 17 Prozent und die Regierung habe zahlreiche Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger ergriffen. Hierzu zähle unter anderem ein Wohnrabatt für besonders Bedürftige und ein Kinderbonus. Letzterer sei besonders wichtig um gerade Kindern aus sozial schwachen Familien den Zugang zum Sozialleben, bspw. durch außerschulische Programme, zu ermöglichen. Ebenso habe es Energiezuschüsse und eine Intensivierung der Förderung der Tafeln gegeben.

**Antonio Armando Ferrer Sais**, Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Inklusion, Soziale Sicherheit und Migration des spanischen Senates stellte eingangs die in Spanien ergriffenen Maßnahmen zur Entlastung von Haushalten dar: Die spanische Regierung habe sechs Maßnahmenpakete mit einem Volumen von 33 Mrd. Euro erlassen. Für das Jahr 2023 seien 23 Mrd. Euro an weiteren Entlastungen vorgesehen. Die ergriffenen Maßnahmen umfassten Treibstoffsubventionen, Senkungen der Mehrwertsteuer und höhere Arbeitslosenhilfen. Hierzu seien auch Mittel aus Next Generation EU verwendet worden. Eine besondere Härte habe der Vulkanausbruch auf La Palma verursacht.

In der Debatte betonte MdB **Dr. Ingeborg Gräßle** (CDU) die besondere Bedeutung einer zielgerichteten Ausgestaltung von Unterstützungsmaßnahmen. Diese dürften nicht mit der Gießkanne verteilt werden, ein solches Vorgehen sei teuer und ineffizient. Auch dürfe der Datenschutz nicht der effizienten Hilfe im Wege stehen. Sie bat die Europäische Kommission um eine Übersicht über Best Practices in den Mitgliedstaaten.

In den anderen Wortbeiträgen stellten die Abgeordneten Entlastungsmaßnahmen ihrer nationalen Regierungen vor. Ebenso wurde wiederholt die Notwendigkeit zielgerichteter Maßnahmen betont und die Europäische Kommission um die Zusammenstellung einer Übersicht der verschiedenen Maßnahmen in der EU gebeten.

Der Abgeordnete **Charles Margue** (Luxemburg) schloss sich der Forderung an, dass die Europäische Kommission einen Best-Practice-Katalog erstellen solle. Ziel aller Länder sei es, den ärmsten Haushalten zu helfen. Dabei sei es wichtig, dass die Menschen die Hilfen auch wirklich in Anspruch nehmen können und nicht von zu großer Bürokratie abgeschreckt werden. Alle Länder seien große Labore, in denen ausprobiert wird, welche Maßnahmen mehr oder weniger gut funktionieren.

### 3.3.2 Teil 2: Stärkeres Einbinden der sozialen Dimension bei der Überarbeitung des EU-Wirtschafts- und Finanzrahmens

Zur Eröffnung der zweiten Teilsitzung betonte der Ausschussvorsitzende **Dragoş Pişlaru** die wachsende Bedeutung der sozialen Dimension. Die vielfachen Krisen der vergangenen Jahre hätten die soziale Frage immer stärker in den Blick gerückt.

**Michael Arghyrou**, Vorsitzender des Rats der wirtschaftlichen Berater beim griechischen Finanzministerium erläuterte eingangs, die soziale Dimension spiele keine explizite Rolle bei der aktuellen Debatte um die Reform der Fiskalregeln, werde indirekt aber sehr wohl mitgedacht. Die Europäische Kommission ziele immer darauf ab, die soziale Resilienz zu steigern. Man stehe allerdings vor dem Problem unendlicher Bedarfe bei begrenzten Ressourcen. Der Vorschlag der Europäischen Kommission räume aber genug Spielräume ein, um die soziale Dimension angemessen zu berücksichtigen. Die Corona-Pandemie habe aber auch die Notwendigkeit einer zentralen Fiskalkapazität in der EU für die Steigerung der sozialen Dimension gezeigt.

**Katia Berti**, Referatsleiterin für das Europäische Semester in der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission, stellt eingangs die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Reform der Fiskalregeln vor und betonte hier vor allem die gestärkte Ownership der Mitgliedstaaten. Die Europäische Kommission habe viele Schritte unternommen, um die soziale Dimension im Kontext des europäischen Semesters zu verankern. Dies müsse allerdings noch weiter vertieft werden, das hätten die Krisen der letzten Jahre gezeigt.

**Antonio Armando Ferrer Sais**, Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Inklusion, Soziale Sicherheit und Migration des spanischen Senates, führte aus, die EU habe auf die Wirtschaftskrisen der 2010er Jahre vor allem mit Sparmaßnahmen reagiert. Die Antwort auf die Corona-Pandemie mit gemeinsamer Aufnahme von Schulden sowie die Antwort auf die Krise in Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sei hier ein Paradigmenwechsel. Mit Blick auf die Reform der Fiskalregeln forderte er Ausnahmen („golden rules“) für digitale und grüne Investitionen. Ebenso müsse die soziale Säule Kern des europäischen Semesters werden.

In der anschließenden Debatte bedauerte die Abgeordnete **Alice-Mary Higgins** (Irland), dass ein Jahrzehnt verloren gegangen sei, weil die Strategie 2020 beiseitegelassen wurde und immer nur die wirtschaftlichen Probleme im Vordergrund standen. Es sei wichtig, dass zukünftig vorbeugende Maßnahmen im sozialen und umweltpolitischen Bereich, die keinen sofortigen finanziellen Gewinn erzielten, stärker im EU-Wirtschafts- und Finanzrahmen berücksichtigt werden.

MdB **Christian Petry** (SPD) betonte die besondere Bedeutung der Europäischen Säule Sozialer Rechte. Diese sei während der portugiesischen Ratspräsidentschaft besonders vorangebracht worden, dann aber leider der Corona-Pandemie zum Opfer gefallen. Für die Zukunft sei es wichtig, die Brücke zwischen ökonomischen und sozialen Programmen zu schlagen, hierfür böte sich gegebenenfalls auch das Programm RePowerEU an. Insgesamt müsse die Perspektive weg von einer rein fiskalpolitischen Betrachtung und Beschäftigung und Wachstum mehr in den Blick genommen werden.

Die weiteren Debattenbeiträge betonten verschiedene Dimensionen der Sozialpolitik und forderten eine gestärkte Rolle sozialer Fragen in der Fiskalpolitik ein. Die Trennung zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik müsse überwunden werden. Daneben wurden auch spezifische Aspekte wie Alters- oder Kinderarmut debattiert.

### 3.4 Interparlamentarische Ausschusssitzung für Haushalt (BUDG)

Die Sitzung wurde von **Johan van Overtveldt**, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments und **Edward Riedl**, Vorsitzender des Finanzausschusses des schwedischen Riksdag geleitet.

#### 3.4.1 Teil 1: Klimawandel, Energie, Inflation: Welche Rolle spielen der Mehrjährige Finanzrahmen und Eigenmittel und wie können auf bestmögliche Weise Synergien mit nationalen Maßnahmen geschaffen werden?

**Johan van Overtveldt** begrüßte die Mitglieder und betonte, dass die Themen des europäischen und der nationalen Haushaltsausschüsse in den kommenden Monaten wahrscheinlich sehr ähnlich aussehen werden. Die Auswirkungen hoher Inflation und gestiegener Zinsen für staatliche Verschuldung werden alle Mitgliedstaaten beschäftigen. Weitere Themen von gemeinsamen Interesse seien die Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), die anstehenden Vorschläge für einen Europäischen Souveränitätsfonds sowie die Einführung neuer Eigenmittel.

**Edward Riedl** warb für eine grüne Transformation der europäischen Wirtschaft und einen entschiedenen Kampf gegen die hohe Inflation.

**Iain Begg**, Professor am European Institute der London School of Economics and Political Science ging in seinem Vortrag auf die sehr begrenzte Flexibilität des auf 7 Jahre festgelegten MFR ein. Weitere Themen seiner Rede waren die Definition des Mehrwerts („added value“) von europäischen Ausgaben und die sogenannte Erwartungslücke („expectation gap“) zwischen großen zu lösenden Herausforderungen bei gleichzeitig begrenzten Mitteln auf europäischer Ebene (2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts).

In der sich anschließenden Diskussion warb MdB **Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) für einen Abbau klimaschädlicher Subventionen und eine angemessene Finanzausstattung der EU zur Bewältigung der grünen und digitalen Transformation.

Die Abgeordnete **Marietta Karamanli** (Frankreich) mahnte an, dass die Preissteigerung für Energie und Treibstoff vor allem für die ärmere Bevölkerung spürbar sei. Dieser Teil der Bevölkerung leide am meisten darunter und man müsse vorrangig diesen Menschen helfen.

Der Abgeordnete **Ibrahim Aydin** (Türkei) erinnerte an die Tragödie des Erdbebens in seinem Land. Er bedankte sich für die große Hilfsbereitschaft im Hinblick auf diese Katastrophe. Er betonte zudem, dass die Zusammenarbeit der Länder in dieser aber auch anderen Krisensituation von essentieller Wichtigkeit sei.

### **3.4.2 Teil 2: Die Unterstützung der Ukraine – Reaktionen auf nationale und EU-Haushaltskrisen und die Rolle der Parlamente**

In seiner einleitenden Bemerkung ging der für Haushalt zuständige EU-Kommissar **Johannes Hahn** auf die begrenzten Möglichkeiten des EU-Haushalts auf Krisen ein. 99 Prozent der Mittel seien zu Beginn der siebenjährigen Dauer des MFR bereits festgelegt. Lediglich 11 Mrd. Euro seien in dieser Zeit frei verfügbar und flexibel zur Krisenreaktion einsetzbar. Dennoch habe es die EU gemeinsam mit den Mitgliedstaaten geschafft, die EU humanitär zu unterstützen. Wichtige Beiträge leisten die Europäische Friedensfazilität (außerhalb des MFR) und die Makrofinanzhilfe (MFA, back-to-back Darlehen mit Reformauflagen) mit einem Volumen von 25 Mrd. Euro. Ab März sollen aus der MFA monatlich 1,5 Mrd. Euro ausgezahlt werden.

Per Video zugeschaltet war der stellv. ukrainische Finanzminister zuständig für Europäische Integration **Yuriy Draganchuk**. Er bedankte sich für die große Unterstützung der EU und ihrer Mitgliedstaaten und ging in seinen Ausführungen auf die Energieknappheit, das ukrainische Haushaltsdefizit (38 Milliarden US-Dollar) und die wirtschaftliche Entwicklung ein. Es bestehe für dieses Jahr noch eine Finanzierungslücke von ca. 10 Milliarden US-Dollar. Die EU-Makrofinanzhilfe sei ein wesentlicher Baustein der ukrainischen Finanzierung.

Der Abgeordnete **Miguel Iglésias** (Portugal) merkte an, dass sein Heimatland bilaterale Unterstützung für die Ukraine leiste. Die Kosten seien für ein Land seiner Größe ziemlich hoch, doch sei es ein gutes Beispiel für die starke Solidarität der EU-Länder mit der Ukraine und gegen die russische Invasion.

Die Abgeordnete **Lesia Zaburanna** (Ukraine) bedankte sich für die Unterstützung der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Sie zählte einige der Kriegsverbrechen auf, die von russischer Seite vor allem gegen die Zivilbevölkerung in der Ukraine im letzten Jahr begangen worden seien. Aufgrund riesiger Verluste und Einbußen im Haushalt sei man sehr dankbar für das weitere Hilfspaket der EU.

In der sich anschließenden Diskussion betonten die Abgeordneten aller Mitgliedstaaten ihre Solidarität mit der Ukraine, ihre nationalen Unterstützungsmaßnahmen und die Notwendigkeit auf europäischer Ebene in Krisen handlungsfähig zu sein. Die Halbzeitüberprüfung des MFR stelle eine gute Möglichkeit zur Bestandsaufnahme und möglichen Anpassung von Programmen dar.

## **3.5 Plenarsitzung**

### **3.5.1 Teil 1: Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung**

Der Vize-Präsident des Europäischen Parlaments **Othmar Karas** eröffnete die Plenarsitzung zur Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung mit einem Rückblick auf die Entstehung der europäischen Fiskalregeln und die Vielzahl von Reformvorschlägen in den vergangenen Jahren (z. B. Fünf-Präsidenten-Bericht, Reflexionspapier der Europäischen Kommission). Die aktuellen Krisen hätten gezeigt, dass eine Anpas-



sung der Regeln notwendig sei. Wie in vielen anderen Bereichen der EU-Politik auch, solle aus seiner Sicht zunächst auf dem bestehenden Konsens aufgebaut und die Umsetzung und Einhaltung verbessert werden, bevor immer neue Regeln eingeführt würden.

Der EU-Kommissar für Wirtschaft **Paolo Gentiloni** stellte in seiner Eröffnungsrede die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Reform der Fiskalregeln vor. Die bestehenden Regeln seien unter Umständen geschaffen worden, die nicht mehr zeitgemäß seien. Heute würden die Staaten mehr Verschuldung aufweisen, sich mit höheren Inflationsraten konfrontiert sehen und größere Investitionsbedarfe vorfinden. Der wirtschaftliche Ausblick habe sich zwar verbessert, vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine blieben aber Unsicherheiten bestehen. Mit ihrem Vorschlag verfolge die Europäische Kommission vier Ziele: Mehr Ausgewogenheit zwischen Stabilität und Wachstum, mehr Glaubwürdigkeit durch bessere Regeln für den Schuldenabbau, mehr Transparenz sowie mehr Ownership für die Staaten. Die bisherigen Gespräche hätten insbesondere bei den länderspezifischen Fiskalplänen und der eher mittelfristigen Perspektive Annäherungen zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten gezeigt. Zu Fragen nach der Rolle der Europäischen Kommission und der multilateralen Dimension der Überwachung der Fiskalregeln gäbe es aber noch Diskussionsbedarf. Kommissar Gentiloni zeigt sich optimistisch, dass eine Einigung in den nächsten Wochen möglich sein sollte und betonte die wichtige Rolle des Europäischen Parlaments bei der Reform der Fiskalregeln und versprach eine enge Einbindung.

**Lars Heikenstein**, Vorsitzender des schwedischen Rates für Fiskalpolitik bewertete den Reformvorschlag der Europäischen Kommission optimistisch. Dieser sei weniger mechanisch und sinnvoller strukturiert als der bisherige Rahmen, schaffe so mehr Ownership für die Mitgliedstaaten und mache die dortigen Diskussionen weniger populistisch. Ebenso werde die Bedeutung der Strukturpolitik angemessen berücksichtigt. Er regte an, ein unabhängiges Finanzgremium auf europäischer Ebene (EU Fiscal Board) zu schaffen und diesem ein Vorschlagsrecht im Rat einzuräumen.

**Philippa Sigl-Glöckner**, Direktorin der Denkfabrik Dezernat Zukunft, stellte in ihrem einleitenden Vortrag die von der Europäischen Kommission geplanten Schuldennachhaltigkeitsanalysen in den Vordergrund. Die Fahrpläne für die Mitgliedstaaten würden einen weit in die Zukunft reichenden Zeitraum in den Blick nehmen. Hier seien Prognosen sehr schwierig, dies hätten nicht zuletzt die letzten Jahre gezeigt. Daneben äußerte sie Zweifel daran, ob die Zielvorgaben zu den Schuldenständen mit den nötigen Investitionen im Bereich Klimaschutz und Soziales in Einklang zu bringen seien. Sie forderte eine stärkere Rolle der nationalen Parlamente und mehr Öffentlichkeit für die Nachhaltigkeitsanalysen und die zugehörigen Berechnungen.

In der anschließenden Debatte warf **MdB Dr. Gräßle** (CDU/CSU) die Frage auf, wie die Europäische Kommission, die sich ja bereits in der Vergangenheit nicht gegen die Mitgliedstaaten durchgesetzt habe, unter den künftigen Regeln eine Beachtung der Vorgaben sicherstellen wolle. Der Euro verliere zurzeit massiv an Wert, innerhalb der EU wegen der Inflation und global gegenüber dem US-Dollar. Dem Euro fehle es auch an Glaubwürdigkeit, insbesondere auf den internationalen Märkten. Dieses verlorengegangene Vertrauen müsse die Europäische Kommission wiederherstellen.

**MdB Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betonte, die Reform der Fiskalregeln sei von besonderer Bedeutung. Diese hätten in der Vergangenheit nicht funktioniert, da sie in vielen Mitgliedstaaten keine Wirkung gezeigt hätten. Der Klimawandel und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hätten gezeigt, dass neue Regeln und mehr Flexibilität nötig seien.

Andere Wortbeiträge zeigten sich offen für die Vorschläge der Europäischen Kommission und begrüßten die angedachte Flexibilisierung der Fiskalregeln. Ebenso wurden aber auch Bedenken hinsichtlich einer übermäßigen Bindung künftiger Regierungen in Mitgliedstaaten geäußert. Die neuen Fiskalregeln dürften demokratischen Mehrheiten nicht im Weg stehen. Ebenso wurde wiederholt die Frage aufgeworfen, wie sich Investitionen in Klimaschutz und Sozialausgaben, sowie die in Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine notwendigen gesteigerten Verteidigungsausgaben mit Schuldengrenzen vereinbart werden könnten.

### 3.5.2 Teil 2: Ortsungebundenes Arbeiten in der EU – steuerliche Herausforderungen

Die Sitzung wurde von **Dita Charanzová**, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und **Niklas Karlsson**, Vorsitzender des Ausschusses für steuerliche Regelungen des schwedischen Riksdag geleitet.

**Dita Charanzová** wies darauf hin, dass die Corona-Pandemie auch die Revolution des ortsungebundenes Arbeitens beschleunigt habe. Immer mehr Arbeitgeber böten die Möglichkeit eines grenzüberschreitenden, ortsungebundenes Arbeitens an. In der Realität sei dies jedoch oft kompliziert, weil es zu Doppelbesteuerungen komme.

Der Rahmen müsse verbessert werden. **Niklas Karlsson** schloss sich den Aussagen an und freute sich auf interessante Beiträge.

**David Bradbury**, stellvertretender Direktor bei der OECD betonte, dass das ortsungebundene Arbeiten eine globale Perspektive habe. Die Digitalisierung sei immer weiter vorangeschritten und habe die Arbeitsplätze signifikant verändert. Die Corona-Pandemie habe dies verstärkt und die Telearbeit werde zukünftig noch zunehmen. 75 Prozent der Arbeitgeber nennen Telearbeit als oberste Priorität bei der Anwerbung neuer Talente und 1 von 16 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern möchte im Ausland arbeiten. Für sog. digitale Nomaden würden Steueranreize geboten. Es sollte daher eine Steuersicherheit geschaffen werden, um einen aggressiven Wettbewerb bei der Einkommenssteuer zu vermeiden. Es seien verschiedene, wichtige politische Fragen zu klären, z. B. wo die Steuern und Sozialabgaben zu zahlen sind und wie besteuert werde. Außerdem seien auch arbeitsrechtliche Fragen zu klären. Je nach geografischer Lage, seien die Länder unterschiedlich von diesem Problem betroffen. Es müsse eine konsensfähige Lösung gefunden werden.

**Stefan Olsson**, stellvertretender Generaldirektor der GD EMPL der Europäischen Kommission stellte fest, dass sich das Arbeiten von zuhause immer mehr beschleunige und in der EU mittlerweile mehr als 400.000 Personen grenzüberschreitend arbeiteten. Dazu habe das Europäische Parlament 2021 einen Bericht vorgelegt. Die Sozialpartner hätten bereits reagiert und die Verhandlungen liefen derzeit weiter. Er stelle ein Rechtsinstrument der EU noch in diesem Jahr in Aussicht. Es gebe bislang keine Regelungen auf EU-Ebene, weil Besteuerung in nationaler Zuständigkeit liege. Das Problem der Besteuerung in einem und der Abgabe von Sozialbeiträgen in einem anderen Mitgliedstaat sei bekannt. Die interne Verwaltungskommission beschäftige sich gerade damit, wie ortsungebundenes Arbeiten zukünftig behandelt werden könne. Der alte Rahmen gelte bis Juni 2023.

**Reinhard Biebel** von der DG TAXUD der Europäischen Kommission erklärte, dass ortsungebundenes Arbeiten bereits 2010 und 2016 ein wichtiges Thema gewesen sei und vor allem mit der Frage, wie grenzüberschreitende Probleme abgebaut werden könnten. Jetzt müsse dies wieder dringend behandelt werden. Es sei auch eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit und stelle eine Herausforderung für den Binnenmarkt dar, der das Recht auf Freizügigkeit beinhalte. Alles hänge miteinander zusammen und eine enge Abstimmung sei nötig, vor allem im Hinblick auf die Lösung der steuerlichen Probleme. Es werde demnächst eine öffentliche Anhörung im Steuerausschuss des Europäischen Parlaments dazu geben. Bisher hätten die bilateralen und multinationalen Muster-Steuerabkommen für Grenzgänger gut funktioniert. Es werde angeregt, zunächst neue Steuerabkommen zu vereinbaren. Frankreich schlage vor, dass bis zu einem Aufenthalt von 96 Tagen im Jahr, keine Steuern erhoben werden sollten. Die Europäische Kommission versuche, die Probleme in einer Arbeitsgruppe zu analysieren. Beschlüsse seien schwierig, da Einstimmigkeit erforderlich sei. Eine One-Shop-Stop-Regelung mit nur einer Anlaufstelle/Steuerbehörde wäre zu begrüßen. Dafür müsse ein Vertrag geschlossen werden, der einen Neutralitätsmechanismus beinhalte, der Kompensationsleistungen bei Verlusten eines Mitgliedstaates vorsehe.

Beim anschließenden Meinungsaustausch merkte **MdB Petry (SPD)** an, dass der positive Ansatz der Telearbeit die negativen Aspekte nicht ausklammern dürfe. So seien nicht nur die Steuerfragen wichtig, sondern auch die Bereiche Datenschutz und Gesundheitsschutz. Es sei ihm das Beispiel eines Arbeitnehmers aus dem Saarland bekannt, der für sein Unternehmen in Kalifornien tätig sei und dort somit immer nachts arbeiten müsse. Es sollten Mindeststandards in diesen Bereichen geschaffen werden. Auch die anderen Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass internationale Bestimmungen erarbeitet werden sollten und eine bessere Koordinierung stattfinden müsse.

Herr **Krister Andersson** vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) betonte, dass Steuern kein Hindernis für Telearbeit darstellen dürften. Das Problem müsse auf OECD / UN – Level behandelt werden, aber die EU mit ihrem seit 30 Jahren bestehenden Binnenmarkt solle eine Führungsrolle übernehmen. Der EWSA habe bereits eine Stellungnahme zu diesem Thema abgegeben und beschäftige sich auch weiterhin damit, wie die verschiedenen Probleme behandelt werden könnten. Im Vordergrund stehe die Aufteilung des „Steuerkuchens“.

Berlin, den 6. Juli 2023

**Christian Petry**  
Delegationsleiter



